

### **A4-Beschluss: Solidarität statt Tradition - für ein neues Zusammenleben!**

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

#### **Antragstext**

795 Seitdem die traditionelle Kleinfamilie aus Vater, Mutter, Kindern mit der  
796 Industrialisierung zum vorherrschenden Familienbild wurde, hat sich viel  
797 verändert in unserem Zusammenleben: Durch medizinische Errungenschaften, durch  
798 Sozialversicherungssysteme, die rechtliche Gleichstellung von Frauen, durch  
799 Verhütung, die Ehe für Alle und nicht zuletzt auch durch den steten Wandel  
800 gesellschaftlicher Vorstellungen gibt es heute mehr Akzeptanz für  
801 gesellschaftliche Vielfalt. Doch wir sehen gleichzeitig vor allem in den letzten  
802 Jahren auch ein zunehmendes Erstarken konservativer, rückwärtsgerichteter Kräfte  
803 und Menschen, die sich von gesellschaftlichen Errungenschaften bedroht fühlen.  
804 Ein diffuses Bedürfnis nach Sicherheit und Zusammenhalt in einer sich schnell  
805 verändernden Welt gibt rechten Kräften Auftrieb, die auf Spaltung und  
806 Ausgrenzung setzen. Mit dem Versprechen von Sicherheit durch eine Rückkehr zu  
807 überkommenen Familien- und Gesellschaftsmodellen schaffen Parteien wie die AfD  
808 oder die CDU/CSU ein falsches Feindbild einer offenen Gesellschaft.

809  
810 Diese Politik verkennt, dass nicht der gesellschaftliche Fortschritt für dieses  
811 Gefühl der Unsicherheit verantwortlich ist, sondern eine Politik, die die Schere  
812 zwischen Arm und Reich weiter aufgehen lässt und unsere Sozialsysteme aushöhlt.  
813 Die Große Koalition und die vorangegangene Schwarz gelbe Regierung hat es in den  
814 letzten Jahren versäumt, sich den aktuellen Fragen, die unser Zusammenleben  
815 betreffen, zu stellen. Noch immer leiden Menschen in sozialen Berufen von der  
816 Kinderbetreuung bis hin zur Altenpflege unter schlechten Arbeitsbedingungen und  
817 schlechter Bezahlung. Alleinerziehende und ältere Menschen sind durch ein hohes  
818 Armutsrisiko bedroht, jedes sechste Kind in unserer Wohlstandsgesellschaft  
819 wächst armutsgefährdet auf. Zusammenleben und Anschlusshalten auf dem Land wird  
820 durch eine fehlende Infrastruktur der täglichen Daseinsvorsorge und des ÖPNV  
821 zunehmend erschwert. Aber Einsamkeit ist nicht nur auf dem Land ein Problem,  
822 auch das Zusammenleben in der Großstadt kann zu fehlender Teilhabe und dem  
823 Gefühl, zwischen etlichen Menschen dennoch alleine zu sein, führen, weil Räume  
824 und Angebote fehlen, die - unabhängig vom Geldbeutel - zur sozialen Interaktion  
825 und zum Zeitverbringen einladen. Die leere Floskel "Heimat" bietet für diese  
826 realen Probleme keine Antwort. Denn nicht von außen wird eine geschützte und  
827 romantisierte Heimat, bedroht, sondern die aktuelle Politik, die soziale  
828 Ungleichheit befördert, bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

829  
830 Auch das Patriarchat ist noch immer allgegenwärtig. Tradierte Geschlechterrollen  
831 bestimmen vielerorts unseren Alltag: Frauen leisten den Großteil unbezahlter  
832 Sorge- und Reproduktionsarbeit, steuerliche Modelle wie das Ehegattensplitting  
833 unterstützen veraltete Rollenbilder. Zudem werden weibliche Sexualität und  
834 weibliche Körper bewertet und zu reglementieren versucht. Es wird  
835 gesellschaftlich sanktioniert, wenn vorallem Frauen sich patriarchalen  
836 Vorstellungen nicht unterordnen wollen. Für uns ist klar, dass unser  
837 Zusammenleben frei von überkommenen Normen und eingrenzenden gesellschaftlichen

838 Vorstellungen überall und in jedem Lebensbereich möglich sein muss. Doch damit  
839 wir nicht weiterhin in alten Rollenbildern und Normen verharren und  
840 gesellschaftlicher Zusammenhalt mehr als eine leere Formel wird, liegt es an  
841 uns, Visionen für das Zusammenleben abseits tradierter Familienmodelle, die  
842 Abschaffung des Patriarchats und die Überwindung von Armut zu formulieren,  
843 anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für die Tagespolitik machen als auch  
844 langfristige visionäre Projekte entwickeln können.

### 845 **1. Verschiedenheit ermöglichen - beginnen wir mit dem Familienvertrag.**

846 Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein  
847 können, in der Solidarität keine reine Floskel darstellt, Menschen selbst  
848 entscheiden können ob, wen und wie sie lieben oder mit wem sie Sex haben und  
849 trotz aller Unterschiede Menschen zusammen-, nicht nur nebeneinanderherleben.  
850 Dafür braucht es ein neue Organisation von Gemeinschaft. Statt auf individuelles  
851 oder auf die Kleinfamilie begrenztes Streben nach Bedürfnisbefriedigung zu  
852 setzen, wollen wir neue Möglichkeiten für Solidarität, Gemeinschaft und  
853 Verantwortungsübernahme schaffen und eine Vision von Familie schaffen, die dafür  
854 offen ist.

855 Was ist Familie in diesem Sinne dann und was soll sie sein? Für uns ist Familie  
856 nicht nur Mutter-Vater-Kind(er). Familien sind für uns Menschen, die  
857 entscheiden, füreinanderzusorgen und miteinanderzuleben, kurz gesagt:  
858 füreinander Verantwortung zu übernehmen. Die Unterschiedlichkeit von  
859 Familienkonzepten ist gerade das, was wir uns für eine Gesellschaft wünschen.  
860 Egal ob Alleinerziehende mit Kind, Patchwork,co parenting, das  
861 gleichgeschlechtliche Pärchen, Menschen, die in einer polygamen Beziehung leben,  
862 oder die drei Freund\*innen, die gemeinsam entscheiden, zusammenleben zu wollen:  
863 Aufgabe des Staates muss es sein, alle Formen des Zusammenlebens in ihrer  
864 Unterschiedlichkeit lebenswert zu machen, rechtlich abzusichern und kein  
865 patriarchales Familienmodell finanziell besser stellen. Familie ist also da, wo  
866 Kinder sind - aber Familie geht auch darüber hinaus. Denn für wen und wie wir  
867 Verantwortung übernehmen wollen, sollen künftig alle Menschen selbst entscheiden  
868 können. "Blut ist dicker als Wasser" ist für uns keine zeitgemäße  
869 Familiengrundlage, Familie ist längst keine Schicksalsgemeinschaft mehr und soll  
870 es auch nicht wieder werden.

871  
872 Statt an Ewiggestrigem festzuhalten, fordern wir deshalb einen Aufbruch in der  
873 Familienpolitik. Statt an der Ehe als Vertrag zwischen zwei Menschen  
874 festzuhalten, fordern wir, dass alle Familienmodelle gleichermaßen staatlich  
875 unterstützt werden. In unserer Vorstellung verdienen zwei gleichgeschlechtliche  
876 Paare, die zusammen Kinder aufziehen möchten oder das Alleinerziehende  
877 Elternteil genauso staatliche Unterstützung, wie eine aktuell noch zur Norm  
878 erhobene Mutter-Vater-Kind-Kleinfamilie. Alle Familien - mit und ohne Kinder -  
879 sollen sich rechtlich absichern können, um z.B. unbürokratisch Auskunftsrechte  
880 in Not- oder Krankheitsfällen wahrnehmen zu können.. Das ermöglichen soll ein  
881 Familienvertrag. Dafür muss der starre Ehebegriff im Grundgesetz außerdem durch  
882 einen vielfältigen Familienbegriff ersetzt werden. Ein solcher Familienvertrag  
883 soll die Ehe ablösen und zu einer gleichberechtigten Absicherung aller  
884 Familienmodelle führen.

885  
886 Dadurch beenden wir steuerliche Modelle, die Einverdiener\*innenehen fördern, was  
887 meist mit einer geringeren Erwerbstätigkeit und finanzieller Abhängigkeit von  
888 verheirateten Frauen einhergeht. So muss zu allererst und sofort das  
889 Ehegatt\*innensplitting abgeschafft werden. Aber auch andere jetzige finanzielle  
890 Vorteile einer Ehe wie zum Beispiel Freibeträge für Kapitalerträge, Schenkungen,  
891 höhere Erbschaftssteuererfreibeträge und Immobilienübertragungen, die an  
892 Ehepartner\*innen übertragen werden können. Hinterbliebenenrenten müssen

893 überdacht werden und gegebenenfalls an Familienverträge angepasst oder  
894 abgeschafft werden.  
895 Außerdem muss sich die staatliche Förderung und Besteuerung mehr an den  
896 Bedürfnissen von Familien mit Kindern oder mit aufgrund von Erwerbsunfähigkeit  
897 sowie Alter nicht mehr erwerbstätigen Familienmitgliedern orientieren. Deshalb  
898 fordern wir die Einführung eines Systems der individuellen Besteuerung bei  
899 gleichzeitiger Einführung einer Grundsicherung für Rentner\*innen und einer  
900 Kindergrundsicherung sowie einer Erhöhung und Flexibilisierung anderer  
901 Sozialleistungen, die die Kindererziehung finanziell unterstützen. Nicht zuletzt  
902 scheitern Anträge auf finanzielle Unterstützung nicht an der Berechtigung,  
903 sondern an einem hohen bürokratischen Aufwand oder unnötigen Hürden, die  
904 lediglich einer perfiden Logik der "richtigen" Anreizpolitik folgen. Deshalb  
905 fordern wir einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen und ein Ende dieser  
906 Gängelung.

907 **2. Gemeinschaft ist mehr als Kleinfamilie - Viel-Generationenhaus statt**  
908 **Eigentumswohnung!**

909 Gemeinschaft und Solidarität sehen wir als Antwort auf Vereinzelung und den  
910 Versuch, die Interessen verschiedene Personengruppen gegeneinander auszuspielen  
911 oder aufzuzwiegen.  
912 Doch wenn wir konstatieren, was fehlt, dann wird auch klar, dass unserere Vision  
913 eines solidarischen Miteinander nicht ohne eine grundlegende Veränderung der  
914 gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden kann: Konkurrenzdenken und  
915 das permanente Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander können wir ohne  
916 den Leistungszwang und die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems  
917 beenden. Der Zweck der Familie darf nicht ihren Höhepunkt in ihrer Funktion als  
918 Wirtschaftseinheit finden, genauso wenig stellen wir uns die Familie als letzten  
919 Rückzugsort vor. Gemeinschaft in der eigenen Familie oder vielleicht noch im  
920 eigenen Stadtviertel darf nicht die Ablehnung der Menschen in der nächsten  
921 Straße oder auch drei Orte weiter bedeuten. Für uns bedeutet das zunächst, neue  
922 Formen des Zusammenlebens zu entdecken.

923  
924 Wir wollen aktive Dörfer und Stadtviertel in denen Nachbar\*innenschaft gelebt  
925 wird, in denen man sich kennt - wenn man möchte - und sich unterstützt, wie man  
926 kann.

927 Die Förderung von Wohnprojekten, etwa für mehrere Generationen oder auch für  
928 verschiedene Familienkonstellation und Lebensweisen, und auch von  
929 Stadtteilzentren könnten eine erste Maßnahme sein, Menschen, die Kontakt zu  
930 anderen suchen, diesen zu ermöglichen. Gerade bei Wohnprojekten könnte ein  
931 weiterer wichtiger Faktor Berücksichtigung finden: Sozialer Wohnungsbau.  
932 Besonders in Städten ist die Möglichkeit, genau so zu leben, wie man gerne  
933 möchte, eine finanzielle Herausforderung. Bezahlbarer Wohnraum gewährleistet  
934 nicht nur das Recht auf Wohnen, sondern kann zur Entwicklung eines neuen  
935 Miteinanders beitragen. Es dürfen keine ganze Gesellschaftsschichten aus  
936 bestimmten Vierteln und ganzen Städten verdrängt werden, denn so findet eine  
937 Segregation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt und eine  
938 gesamtgesellschaftliche Solidarität wird verhindert statt sie zu befördern.  
939 Stattdessen wollen wir Viertel, in denen die verschiedensten Menschen  
940 zusammenleben. Wird der Wohnraum zudem so gestaltet, dass er Platz für  
941 Miteinander in Gemeinschaftsgärten oder Innenhöfen, Großküchen und  
942 Aufenthaltsräumen bietet, kann das maßgeblich zur Entwicklung von Gemeinschaft  
943 beitragen. Es geht allgemein darum, Orte der Begegnung und des Miteinanders zu  
944 schaffen und zu unterstützen. Diese Räume sollen Menschen unabhängig ihrer  
945 Herkunft oder ihres Geldbeutels zur Verfügung stehen.  
946 Ein vernünftig ausgebauter, ticketloser Nah- und Fernverkehr - der unserer  
947 globalisierten Welt Rechnung trägt, soll den Menschen ermöglichen nicht nur vor

948 Ort zuhause zu sein, sondern an vielen Orten.

949 **3. Armut muss ein Ende finden!**

950 Doch wir stehen vor einem weiteren Problem: Unserem Wirtschaftssystem ist nicht  
951 nur der Konkurrenzgedanke, sondern auch die Armut einiger Menschen inhärent. Das  
952 wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass niemand in Armut leben muss. Wer  
953 schon die eigene Lebensgrundlage nicht sicherstellen kann oder sich vor Armut im  
954 Alter fürchtet, wird ein solidarisches Miteinander erschwert. Uns geht es nicht  
955 darum, die Hartz IV-Sätze um ein paar Euro aufzustocken oder Elternfreibeträge  
956 einen Ticken zu erhöhen. Das gute Leben für alle bedeutet, dass alle Menschen  
957 genug haben, um zu leben, statt nur zu überleben. Dazu gehört gesellschaftliche  
958 Teilhabe genauso wie ein angenehmer Lebensstandard, der es ermöglicht, nicht  
959 mehr jeden Euro umdrehen zu müssen - und zwar unabhängig von Lohnarbeit!

960  
961 Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht das aktuelle Soziale Sicherungssystem  
962 gerade nicht. Hartz IV entspricht nicht ansatzweise den Anforderungen einer  
963 existenzsichernden Grundsicherung, geschweige denn einen akzeptablen  
964 Lebensstandard und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Regelsätze  
965 müssen deshalb sofort angehoben werden – und das auf ein Niveau, das nicht nur  
966 die Existenz, sondern gesellschaftliche Teilhabe sichert. Dem widerspricht, dass  
967 Menschen das Existenzminimum gekürzt bekommen. Wir fordern die Sanktionspraxis  
968 sofort einzustellen und Hartz IV-Sanktionen generell abzuschaffen. Das ist das  
969 Minimum!

970 Darüber hinaus wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Dafür hat  
971 die GRÜNE JUGEND bereits 2007 und 2012 Konzepte vorgelegt. Das BGE soll dabei  
972 Sozialleistungen nicht ersetzen, wird aber einzelne Maßnahmen überflüssig  
973 machen. Für uns ist das BGE keine Utopie und kein Allheilmittel. Es lässt  
974 grundsätzliche Fragen über unsere Wirtschaftsweise unberücksichtigt. Doch es ist  
975 ein Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der niemand in Armut leben und zur  
976 Existenzsicherung auf Lohnarbeit angewiesen ist.

977 Es soll nicht länger einen Zwang zur Lohnarbeit geben. Das gilt natürlich in  
978 besonderem Maße für die Menschen, die nicht nur für sich selbst sondern auch für  
979 andere - besonders auch pflege- oder betreuungsbedürftige - Menschen  
980 Verantwortung übernommen haben. Natürlich ist uns klar, dass das Ende der  
981 Lohnarbeit nicht von heute auf morgen möglich ist. Und es ist wichtig zu  
982 erkennen: Auch wenn es keinen Zwang zur Lohnarbeit mehr gibt, wird  
983 Produktivität, also auch Arbeit, immer nötig sein, um Leben und Lebensstandards  
984 zu ermöglichen. Diese soll aber ein Beitrag zur Gesellschaft, kein Mittel zum  
985 Überleben sein.

986 **4. Wir starten die Care Revolution!**

987 Carearbeit wird es immer geben: auch wenn die Digitalisierung weit  
988 voranschreitet und es ein Ende des Lohnarbeitszwangs gibt, es werden trotzdem  
989 immer Menschen Fürsorge brauchen. Und das ist auch gut so. Eine Gesellschaft  
990 lebt davon, dass die Menschen in ihr sich Gedanken umeinander machen, sich  
991 umeinander kümmern und füreinander Verantwortung übernehmen. Eine solidarische  
992 Gesellschaft kann es ohne diese Verantwortungsübernahme nicht geben. Doch sich  
993 alleine darauf zu verlassen, dass die Einzelnen sich schon kümmern werden - im  
994 Zweifelsfall diejenigen, die sich nicht dagegen wehren können - das kann keine  
995 dauerhafte Lösung sein.

996 Die Pflege der Alten, die Unterstützung für Kranke und die Erziehung der Kinder  
997 sehen wir als öffentliche Angelegenheit! Das bedeutet nicht, dass Menschen nicht  
998 weiterhin privat füreinander sorgen werden. Aber es bedeutet, dass die gesamte  
999 Gesellschaft und damit auch der Staat die Verantwortung haben, Sorgearbeit zu  
1000 gewährleisten. Sorgearbeit darf nicht weiter in den unsichtbaren, privaten Raum

1001 zurückgedrängt, sondern muss politisch ausgehandelt werden!  
1002 Wir wollen die Freiheit zu entscheiden: Wer will für wen sorgen, wer will von  
1003 wem umsorgt werden? - Ohne dass Menschen unter Zugzwang geraten, weil es  
1004 niemanden gibt, der die eigene Mutter sonst pflegen oder für die Kinder kochen  
1005 würde.  
1006  
1007 Wie kann es sein, dass es noch immer Frauen sind, die den Großteil der  
1008 reproduktiven Arbeit leisten? Die althergebrachte Forderung, Frauen in den  
1009 Produktionszyklus miteinzubinden, ist ihrer Verwirklichung inzwischen sehr viel  
1010 näher. Nur ihr Ziel - nämlich reproduktive Arbeit neu zu verteilen und so zur  
1011 Emanzipation der Frau aus ihrer Abhängigkeit zu kommen, hat sich nicht erfüllt.  
1012 Stattdessen stellt sich zunehmend eine Doppelbelastung aus produktiver  
1013 Lohnarbeit und und reproduktiver unbezahlter Arbeit her. Es liegt nicht in "der  
1014 Natur der Frau" die Hausarbeit zu machen und dennoch hat sich die "weibliche  
1015 Rolle" in den letzten Jahren nicht etwa aufgelöst, sondern trägt weiterhin dazu  
1016 bei Frauen zu unterdrücken - diese Machtverhältnisse aufzulösen, ist unser Ziel.  
1017 In den letzten Jahren erleben wir immer stärker, dass Tätigkeiten, die in der  
1018 Vergangenheit als Hausarbeit galten und privat ausgeführt wurden, in  
1019 Erwerbsarbeit überführt werden. Diese Entwicklung begrüßen wir grundsätzlich, da  
1020 sie die patriarchale Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre  
1021 auflockert und zur Entlohnung von bisher unbezahlter Arbeit führt. Dafür sind  
1022 Frauen auch diejenigen, die im neuen Dienstleistungssektor Pflege, Erziehung,  
1023 Putzen und Bedienen auch in Lohnarbeit wieder zum großen Teil übernehmen. Die  
1024 Bezahlung ist oft mies, die Arbeitsbedingungen bestimmen sich aus einer Mischung  
1025 aus finanziellem und zeitlichen Druck.  
1026  
1027 Dieses Problem betrifft uns alle. Denn im Laufe ihres Lebens sind fast alle  
1028 Menschen auf Pflege, Betreuung oder Versorgung angewiesen – und das oftmals  
1029 unter Umständen, in denen sie besonderen Schutz benötigen. Doch die Zustände in  
1030 Pflege- und Betreuungseinrichtungen stellen in Frage, ob dieser Schutz im Moment  
1031 gewährleistet werden kann. In der Pflege sind im Moment 17.000 Stellen  
1032 unbesetzt, laut Bertelsmann-Studie fehlen knapp 100.000 Erzieher\*innen.  
1033 SPD und Union haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, 8000 neue  
1034 Pflegestellen im Rahmen eines Sofortprogrammes zu schaffen – obschon deutlich  
1035 ist, dass der Bedarf um ein Vielfaches höher ist und es sich lediglich um  
1036 Augenwischerei handelt, nicht um eine tiefgreifende Verbesserung im  
1037 Pflegesektor. Konkrete Vorschläge, wie das Anwerben von Fachkräften aus dem  
1038 Ausland, die vermeintlich eher bereit seien, bei niedrigem Lohn schlechte  
1039 Arbeitsbedingen auszuhalten, verdeutlichen, dass die schlechten Bedingungen der  
1040 Sorgearbeit nicht angegangen, sondern bloß auf andere Frauen umverteilt werden  
1041 sollen. Es findet real keine Verbesserung der Lebenssituation von Pflegenden  
1042 und damit von v.a. vielen Frauen statt und auch die gesellschaftlichen  
1043 geschlechtsspezifischen Zuschreibungen werden höchstens um eine rassistische  
1044 Komponente ergänzt.  
1045 Wir fordern deshalb, dass Sorgearbeit von gut ausgebildeten und gut bezahlten  
1046 Fachkräften ausgeübt werden soll. Es braucht viel mehr qualifiziertes Personal,  
1047 um die angespannte Personalsituation zu entlasten. Tägliche Überstunden, das  
1048 Nichteinhalten der gesetzlichen Ruhezeiten und Vertretungsdienste an freien  
1049 Tagen dürfen nicht länger die Regel sein!  
1050 Damit verbunden muss auch bei der Qualität in Krankenhäusern und  
1051 Pflegeeinrichtungen nachgebessert werden, schon alleine, um das Personal auch im  
1052 Arbeitsfeld zu halten.  
1053  
1054 In Einrichtungen der Kindertagesbetreuung aber auch in Altenheimen sind die  
1055 Wartelisten oftmals sehr lang und selbst wenn man endlich bei der Vergabe  
1056 berücksichtigt wird, bedeutet dies nicht, dass man einen bedarfsgerechten Platz

1057 erhält. Wir fordern daher, dass verbunden mit einem Ausbau der Qualität auch  
1058 eine Erweiterung des Angebots einhergeht, die an den Lebensrealitäten von  
1059 Menschen orientiert ist. Kritisch sehen wir jedoch Angebote, die zu einer  
1060 weiteren Entgrenzung des Arbeitsmarktes beitragen könnten – nur weil es 24  
1061 Stunden KITAS gibt, was grundsätzlich besonders für Menschen im Schichtdienst  
1062 auch zu begrüßen ist, sollten Arbeitnehmer\*innen niemals gezwungen werden  
1063 können, dieses Angebot auch zu nutzen. Betreuungsangebote sollten vor allem die  
1064 Bedürfnisse von Familien berücksichtigen, nicht zuvorderst die des  
1065 Arbeitsmarktes.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.